



MARKTGEMEINDE ZIRL

Bezirk Innsbruck-Land

Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 22.09.2016
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 00:21 Uhr
Ort, Raum: Sitzungszimmer der Marktgemeinde Zirl

Anwesend:

Bürgermeister:

Herr Mag. Thomas Öfner

Ordentliche Mitglieder:

Frau Iris Zangerl-Walser
Frau Victoria Rangger
Herr Thomas Gobes
Herr Josef Gspan
Herr Ing. Wolfgang Hütter
Herr Georg Kapferer
Herr Lukas Kaufmann
Herr Ing. Dr. Karl Neuraüter
Herr Peter Pichler
Herr Thomas Pichler
Frau Marion Plattner
Herr Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf
Herr Alfred Stecher
Herr Hermann Stolze

Ersatzmitglieder:

Herr Ing. Franz Reinhart
Herr Marco Bernardi
Frau Sigrid Sapinsky
Frau Iris Pichler

Von der Verwaltung:

Herr Josef Gritsch

Schriftführerin:

Frau Dr. Veronika Sepp-Zweckmair

Abwesend:

Ordentliche Mitglieder:

Frau Viktoria Hammer
Frau Theresa Spirk
Frau Margit Gastl
Herr Andreas Albrecht

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift
- 3 Bericht des Bürgermeisters
- 4 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Ernennung von Marco Bernardi als beratendes Mitglied im Ausschuss für Mobilität, Versorgung und Landwirtschaft
Vorlage: AL/585/2016
- 5 Beratung und Beschlussfassung über das Schreiben des Roten Kreuzes Zirl - Nachnutzung der Dienststelle Zirl
Vorlage: AL/436/2015
- 6 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Mietverträge Tiefgarage im B4
Vorlage: AL/540/2016
- 7 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen auf Kauf/Pacht des Gemeindegrundstücks Am Anger 10h - Familie Koch/Iconomidis
Vorlage: AL/558/2016
- 8 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen von Kurt Haidsegg um vorzeitige Jagdpachtverlängerung für das Jagdgebiet EJ Zirl-West bis zum 31.03.2023
Vorlage: AL/564/2016
- 9 Beratung und Bericht betreffend die weitere Vorgangsweise Zirler Wiesen
Vorlage: AL/574/2016
- 10 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Gesamttarifordnung des Veranstaltungszentrums B4 und über den Antrag von Für Zirl betreffend Neuregelung der Nutzungsbedingungen für die Zirler Vereine
Vorlage: AL/575/2016
- 11 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Friedhofserweiterung
Vorlage: INFR/120/2016
- 12 Beratung und Beschlussfassung betreffend der B4-Mieten für Schützenkompanie, Alpenverein und Theaterverein
Vorlage: AL/582/2016
- 13 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Schenkungsvertrag der Dorfkrippe - insbesondere §5 Schenkungsaufgabe

Vorlage: AL/545/2016

- 14** Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Subventionsansuchen vom Kulturverein Die Selch
Vorlage: AV/693/2016
- 15** Beratung und Beschlussfassung betreffend Schließzeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen
Vorlage: JUPE/174/2016
- 16** Beratung und Beschlussfassung betreffend einheitlicher Regelungen der finanziellen Unterstützungen für Schulen
Vorlage: JUPE/175/2016
- 17** Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Antrag auf Beschriftung von Flurbezeichnungen entlang von Wanderwegen
Vorlage: AL/560/2016
- 18** Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen auf Abtretung des Servitutes von Claudia Bauhof (Auergasse)
Vorlage: INFR/116/2016
- 19** Beratung und Beschlussfassung betreffend der Verkehrsverhältnisse B177 Seefelder Straße ab km 1,850 - Geschwindigkeitsbeschränkung 80km/h
Vorlage: INFR/122/2016
- 20** Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von FPÖ Ortsgruppe Zirl zur "Errichtung von Hundefreilaufzonen"
Vorlage: INFR/088/2016
- 21** Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Antrag von ZIRL AKTIV auf Übersiedlung des Schaferstadels in das Landwirtschaftliche Siedlungsgebiet "Aue" und Zuführung des Gst 2253/1 zum leistbaren Wohnbau
Vorlage: AL/583/2016
- 22** Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Roland Eisendle um Auflegung und Erlassung eines Flächenwidmungsplanes für die Umwidmung des Gst. 1827/3 KG Zirl von derzeit Freiland in Sonderfläche Hofstelle - Beauftragung an Fa. Rauch
Vorlage: BAU/071/2016
- 23** Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Bauwerk Wohnraum GmbH um Auflegung und Erlassung eines Bebauungsplanes und eines ergänzenden Bebauungsplanes für das Gst. 175 KG Zirl in der Schwabstraße, überarbeitetes Ansuchen Variante 1
Vorlage: AL/580/2016
- 24** Beratung und Beschlussfassung über die Regelung zur Sicherstellung des Wohnbedarfes an Wohnungen für Zirlern-

nen - Zirler Regelung (derzeit 60:40)
Vorlage: BAU/069/2016

- 25** Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Firma HOFER KG, Rietz, um Auflegung und Erlassung eines Flächenwidmungsplanes für die Umwidmung des Gst. 675/1 KG Zirl von derzeit Gewerbe- und Industriegebiet in „Sonderfläche Handelsbetrieb“
Vorlage: BAU/074/2016/1
- 26** Beratung und Beschlussfassung betreffend die Verwendung von kompostierbaren Einwegbechern bei Veranstaltungen
Vorlage: INFR/119/2016
- 27** Beratung und Beschlussfassung betreffend der Vergaberichtlinien für betreubares Wohnen
Vorlage: AV/657/2016/1
- 28** Anfragen an den Gemeindevorstand
- 29** Allfälliges, Anträge und Anfragen

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bericht:

Bgm Mag Thomas Öffner begrüßt alle anwesenden GemeinderätInnen, die 24 Besucher und eröffnet die Sitzung.

Bgm Mag Thomas Öffner stellt fest, dass der Gemeinderat vollzählig ist und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Entschuldigt sind GR Viktoria Hammer, welche von Ersatz-GR Iris Pichler vertreten wird, GR Margit Gastl, welche von Ersatz-GR Marco Bernardi vertreten wird, GR Theresa Spirk, welche von Ersatz-GR Sigrid Sapinsky vertreten wird und GR Andreas Albrecht, welcher von Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart vertreten wird.

In weiterer Folge bittet Bgm Mag Thomas Öffner die Ersatz-GR Marco Bernardi und Alois Scheiber zur Angelobung gemäß § 28 TGO 2011.

„Ich gelobe, in Treue die Rechtsordnung der Republik Österreich zu befolgen, mein Amt uneigennützig und unparteiisch auszuüben und das Wohl der Marktgemeinde Zirl und ihrer Bewohner nach bestem Wissen und Können zu fördern.“

Ersatz-GR Marco Bernardi und Alois Scheiber sprechen nacheinander einzeln das Gelöbnis: „Ich gelobe.“

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Bericht:

Bgm Mag Thomas Öffner fragt die GemeinderätInnen ob Einwände in Bezug auf die Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.07.2016 bestehen.

Diskussion:

GR Arch. Dip.-Ing. Rainer Schöpf wendet bei Pkt 21.3 des öffentlichen Teils in Bezug auf die Beratung und Beschlussfassung betreffend der weiteren Vorgehensweise zur Begegnungszone ein, dass dieser Pkt den Diskussionsgehalt nicht widerspiegelt und auch nicht die Ausschussempfehlung im Beschluss enthalten ist. Die Empfehlung des Ausschusses war nämlich, dass das Büro PlanAlp die Situation anschauen soll und Lösungen erarbeiten soll, die dann dem GR wieder vorgelegt werden.

Bgm Mag Thomas Öffner erklärt, dass er diese Meinung nicht teilt, dass der Beschluss wie geschildert hätte gefasst werden sollen.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder weist darauf hin, dass ausgemacht war, dass nach der Vorlage an den GR ein Beschluss darüber gefasst werde.

Bgm Mag. Thomas Öffner erklärt, dass er darüber explizit abstimmen lässt, damit der Beschluss verbindlich wird.

Bgm Mag Thomas Öffner fragt nach, ob noch weitere Einwände gegen das Protokoll der letzten Sitzung bestehen.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder erklärt, dass bei Pkt 24 in Bezug auf den Vergleichsabschluss mit dem Land Tirol weder in der Diskussion noch in der Beschlussfassung Summen genannt werden.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass die Summen bekannt sind, aber Teil des Beschlusses sein sollten. Die genauen Summen werden laut dem Vergleichsvorschlag in den Beschluss aufgenommen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:

Der in Pkt. 21.3 des GR-Protokolls vom 21.07.2016 im Beschluss enthaltene Teil, dass zur Umsetzung der Maßnahmen auf Basis der Planung des Büro PlanAlp der Bürgermeister ermächtigt wird und nicht wie heute in den von GR Arch. Dipl.-Ing Rainer Schöpf vorgetragene Änderungen die Vorschläge zuerst dem GR vorgelegt werden, wird beschlossen.

GR Ing. Wolfgang Hütter und 1. Vizebgm Iris Zangerl-Walser enthalten sich ihrer Stimme aufgrund ihrer Abwesenheit in der Sitzung vom 21.07.2016.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	12	Nein:	5	Enthaltung:	2
-----	----	-------	---	-------------	---

Der in Pkt 24 des GR-Protokoll vom 21.07.2016 gefasste Beschluss wird um die korrekten Beträge der Ratenvereinbarung ergänzt, sodass der Beschluss wie folgt zu lauten hat:

„Es soll der Vergleich mit dem Land Tirol – Justizariat abgeschlossen werden. Die Ratenvereinbarung in drei Tranchen zu je € 42.120,24 (2016, 2017 und 2018) soll nach Möglichkeit aufrecht bleiben.“

GR Ing. Wolfgang Hütter und 1. Vizebgm Iris Zangerl-Walser enthalten sich ihrer Stimme aufgrund ihrer Abwesenheit in der Sitzung vom 21.07.2016.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	12	Nein:	5	Enthaltung:	2
-----	----	-------	---	-------------	---

zu 3 Bericht des Bürgermeisters

Bericht:

GR Ing. Dr. Karl Neurauder schlägt vor, den Tagesordnungspunkt des nichtöffentlichen Teiles betreffend der Darlehensaufnahmen zur teilweisen Finanzierung von Vorhaben im öffentlichen Teil zu behandeln.

Bgm Mag. Thomas Öfner erklärt, dass es bislang üblich war, diese Angelegenheiten im vertraulichen Teil zu behandeln.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder begründet, dass der Gemeinderat dies im öffentlichen Teil beschließen muss, wenn nur darüber beraten wird, könne dies im vertraulichen Teil geschehen, aber eine Beschlussfassung sollte nicht im vertraulichen Teil behandelt werden und deshalb schlägt er vor, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

GR Ing. Wolfgang Hütter erklärt, dass die Bevölkerung ohnehin nach der Beschlussfassung informiert werde und weist darauf hin, dass es sich um sensible Daten handle, die nicht nach außen gehen sollten.

Bgm Mag Thomas Öfner gibt zu Bedenken, dass ohne Abstimmung und anschließender Beschlussfassung kein Kauf getätigt werden kann und damit auch eine Diskussion über Darlehen entfallen würde.

GR Ing. Dr. Karl Neuraüter weist darauf hin, dass es sich um viel Geld handle, welches in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollte. Es sollten die Fakten dargelegt werden, vor allem geht es darum, die Bevölkerung zu informieren, was die Gemeinde im Sinn habe.

GR Ing. Wolfgang Hütter fragt sich nach dem Sinn und gibt zu Bedenken, dass dies sehr risikvoll ist und dass bislang solche Angelegenheiten immer im vertraulichen Teil behandelt wurden.

GR Hermann Stolze weist darauf hin, dass von GR Ing. Dr. Karl Neuraüter schon Summen genannt worden sind.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass bis jetzt ausschließlich Angebote eingeholt worden sind und noch keine Entscheidungen gefällt wurden. Er rät daher diese Angelegenheit im vertraulichen Teil zu behandeln.

GR Ing. Dr. Karl Neuraüter teilt mit, dass keine Beschlussfassung im vertraulichen Teil erfolgen soll.

GR Peter Pichler erklärt, dass in der Vergangenheit auch einstimmige Beschlüsse vom Gemeinderat im vertraulichen Teil gefasst worden sind. Bei diesen Beschlussfassungen war die Fraktion Zirl Aktiv immer vertreten.

GR Ing. Dr. Karl Neuraüter betont, dass die Bevölkerung bei derartigen risikoreichen Entscheidungen informiert werden sollte.

2 Vizebgm Victoria Rangger schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5 im vertraulichen Teil zu behandeln.

Bgm Mag Thomas Öfner schließt sich an und informiert darüber, dass er auch den Tagesordnungspunkt 12 im vertraulichen Teil behandeln will.

Bgm Mag Thomas Öfner informiert weiters über das Bestreben der Marktgemeinde Zirl, die Grenzen des Natura 2000-Gebietes vor allem im Bereich des Brunntales und dem Landeskrankenhaus Zirl zu verändern. Er berichtet darüber, dass er einen Termin bei LH-Stv Ingrid Felipe gehabt hat und auf sachlicher Ebene ein Gespräch geführt wurde. Allerdings gab es eine klare Ablehnung zur erhofften Unterstützung des Landes für das Vorhaben. RA Dr. Wallnöfer hat eine Stellungnahme abgegeben und der Gemeinderat soll entscheiden, ob an diesem Projekt weitergearbeitet werden soll oder nicht. Nach Ansicht des Bgm Mag Thomas Öfner hat eine Weiterverfolgung wenig Aussicht auf Erfolg.

Bgm Mag Thomas Öfner informiert weiters darüber, dass der Tagesordnungspunkt 22 auf Wunsch von Herrn Roland Eisendle von der Tagesordnung genommen werden soll.

Zudem informiert er auch darüber, dass man sich mit Herrn Rauch vom Büro PlanAlp geeinigt hat, dass am 13.10.2016 um 19:00 Uhr eine außerordentliche Raumordnungsausschuss-Sitzung mit dem Thema der Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes erfolgen wird. Zu dieser Sitzung sind der gesamte Raumordnungsausschuss, alle Ausschussobleute und das Büro PlanAlp geladen. Bgm Mag Thomas Öfner fragt, ob noch weitere Personen geladen werden sollten.

GR Hermann Stolze fragt an, ob man einen eigenen Raumplaner, der beratend zur Seite steht, mitnehmen könne.

Mag. Thomas Öfner fragt sich nach der Sinnhaftigkeit, aber schlägt vor, dass GR Stolze vorab informieren soll, um welchen Raumplaner es sich handelt und dann soll darüber entschieden werden. Er bittet darum, dass der Termin vorgemerkt wird, eine schriftliche Einladung wird noch erfolgen.

Sodann informiert Bgm Mag Thomas Öfner über eine zugesendete Postkarte der Alpenvereinsjugend, die sich ua auch für die Unterstützung bedankt hat.

Antrag + Beschluss:

3.1. Der Tagesordnungspunkt 33 betreffend der Darlehensaufnahmen zur teilweisen Finanzierung von Vorhaben bleibt im vertraulichen Teil.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	13	Nein:	6	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

3.2. Der Tagesordnungspunkt 5 betreffend der Beratung und Beschlussfassung über das Schreiben des Roten Kreuzes Zirl – Nachnutzung der Dienststelle Zirl – wird im vertraulichen Teil behandelt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	14	Nein:	5	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

3.3. Der Tagesordnungspunkt 12 betreffend der B4-Mieten für die Schützenkompanien, den Alpenverein und den Theaterverein wird im vertraulichen Teil behandelt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	17	Nein:	2	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 4 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Ernennung von Marco Bernardi als beratendes Mitglied im Ausschuss für Mobilität, Versorgung und Landwirtschaft
Vorlage: AL/585/2016

Bericht:

Bgm Mag Thomas Öfner berichtet darüber, dass die FPÖ Zirl ersucht hat, Ersatz-GR Marco Bernardi als ständiges beratendes Mitglied im Ausschuss für Mobilität, Versorgung und Landwirtschaft aufzunehmen.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:

Marco Bernardi wird als beratendes Mitglied im Ausschuss für Mobilität, Versorgung und Landwirtschaft ernannt.

Ersatz-GR Marco Bernardi enthält sich seiner Stimme.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	18	Nein:	0	Enthaltung:	1
-----	----	-------	---	-------------	---

**zu 5 Beratung und Beschlussfassung über das Schreiben des Roten Kreuzes
Zirl - Nachnutzung der Dienststelle Zirl
Vorlage: AL/436/2015**

Antrag + Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wird im vertraulichen Teil behandelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Mietverträge Tiefgarage im
B4
Vorlage: AL/540/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet vom konkreten Antrag der Fa. Erzeis Solutions auf Weitervermietung der drei Parkplätze, die sie schon einmal gemietet gehabt hat. Im Ausschuss kam man zum Beratungsergebnis, dass im B4 keine Parkplätze fremdvermietet werden sollten, da diese für Fremdveranstaltungen gebraucht werden. Er fügt auch noch hinzu, dass die Parkplätze ursprünglich für das B4 gebaut wurden und nicht für andere Personen.

Diskussion:

2 Vizebgm Victoria Rangger schlägt vor, dass man die Parkplätze mit einem befristeten Mietverhältnis vergeben könnte. Dies für ein Maximum an Parkplätzen. Es könnten zum Beispiel bei 80 Parkplätzen, 10 Parkplätze vermietet werden mit der Bedingung der jederzeitigen Kündbarkeit.

Bgm Mag Thomas Öfner versteht das Anliegen der Firma, glaubt aber nicht, dass es sinnvoll ist, auch wenn die Auslastung des B4 noch nicht am Ziel ist, da bei Veranstaltungen am Abend die Parkplätze der Tiefgarage gebraucht werden. Er fragt sich auch nach der Grenze und damit verbunden dem Grundsatz, dass es sich um eine öffentliche und nicht um eine Privatgarage handle.

GR Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf erklärt, dass dies ein Beitrag für Nachbarn und Anrainer wäre, die beeinträchtigt sind. Zudem will man die Auslastung steigern und mit einer vereinbarten monatlichen Kündigungsfrist könnte mit dem Mieteinnahmen eine bessere Auslastung erzielt werden.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass der laufende Vertrag sehr bescheiden sei.

Ersatz-GR Iris Pichler fügt hinzu, dass dies für sie kein Thema sei.

GR Ing. Wolfgang Hütter klärt auf, dass aktuell kein Parkplatz im B4 vermietet ist.

GR Hermann Stolze weist darauf hin, dass solange es eine kostenlose Parkmöglichkeit in der Franz-Plattner-Straße gibt, wird die Garage des B4 nicht genutzt werden. Auch seine Gespräche mit betroffenen Personen haben gezeigt, dass keine Auslastung gegeben ist. Er schlägt vor, Parkplätze des Max zu vermieten, immerhin wurde genug dafür von der Gemeinde bezahlt.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt das Argument von GR Stolze in Bezug auf die Parkplätze in der Franz-Plattner-Straße, teilt aber zusätzlich mit, dass dies nichts an der klaren Verfolgung der Linie im B4 ändere.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder schlägt vor, dass man die Parkplätze zu Geschäftszeiten vermieten könne, dann wäre die Garage zu den Abendveranstaltungen frei.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass nächste Woche zB ein Pflegesymposium im B4 veranstaltet wird, welches über den ganzen Tag hinweg dauert und daher auch die Parkplätze tagsüber gebraucht werden. Er hat aber Verständnis für die Firma.

GR Ing. Wolfgang Hütter fügt abschließend hinzu, dass für Parkplätze der Vermieter zuständig sei und nicht die Gemeinde.

Antrag + Beschluss:

Im Kultur- und Veranstaltungszentrum B4 sollen grundsätzlich keine Parkplätze fremd vermietet werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	14	Nein:	5	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 7 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen auf Kauf/Pacht des Gemeindegrundstücks Am Anger 10h - Familie Koch/Iconomidis
Vorlage: AL/558/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet vom Ansuchen der Familie Koch/Iconomidis um Kauf oder Pacht des Gst 1822/11, KG Zirl, um ihren Garten zu vergrößern. Dieses Gst liegt am westlichen Anger der Neuen Mittelschule und geht bis zur Böschung. Aufgrund der mangelnden Pflege stellt es sich als verwahrlost dar. Im Vorfeld der Ausschusssitzung hat es ein Treffen der Familie auch im Beisein des Leiters der Abteilung Infrastruktur und Gebäudeverwaltung der Marktgemeinde Zirl, Herrn Ing. Walter Würtenberger, gegeben, welcher festgestellt hat, dass der südliche Teil des Gst für die winterliche Schneeräumung gebraucht werde, aber eine Pacht des westlichen Teils des Gst durchaus möglich ist. Im Ausschuss wurde beraten, dass man das Gst für 50 €/Jahr verpachten könnte.

Diskussion:

Bgm Mag Thomas Öfner fragt nach der Kündigungsfrist.

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter empfiehlt eine maximale Kündigungsfrist zu vereinbaren.

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart schlägt vor, dass man sich an die bereits von der Gemeinde verpachteten Grundstücke anlehne.

GR Josef Gspan sagt, dass es ja Musterverträge gibt.

Antrag + Beschluss:

Der westliche Grundstückteil im Ausmaß von 25 m² des Gst 1822/11, KG Zirl, soll um 50,00 € pro Jahr verpachtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 8 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen von Kurt Haidseengst um vorzeitige Jagdpachtverlängerung für das Jagdgebiet EJ Zirl-West bis zum 31.03.2023
Vorlage: AL/564/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet vom Ansuchen von Kurt Haidseengst auf Verlängerung seiner Jagdpachtvereinbarung bis zum 31.03.2023. Es handelt sich um das Jagdgebiet EJ Zirl-West. Der aktuelle Vertrag würde zwar noch eine Laufzeit bis 2018 haben, aber Herr Haidseengst beabsichtigt, neue Investitionen zu tätigen und deshalb ergeht auch vom Wirtschaftsausschuss die Empfehlung den Jagdpachtvertrag bis zum 31.03.2023 zu verlängern.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:

Der Jagdpachtvertrag von Kurt Haidsegg betreffend dem Jagdgebiet EJ Zirl-West wird bis 31.03.2023 verlängert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 9 Beratung und Bericht betreffend die weitere Vorgangsweise Zirler Wiesen
Vorlage: AL/574/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet davon, dass im Jahr 2012 angefangen wurde Optionsverträge in Bezug auf die Zirler Wiesen abzuschließen. Diese Vorgangsweise sei aber seit dem Jahr 2013 ins Stocken geraten. Damals waren GR Ing. Dr. Karl Neurauder und GR Arch. Dipl.-Ing- Rainer Schöpf bevollmächtigt worden, Verhandlungen mit den Grundeigentümern zu führen. Bei dieser Beschlussfassung geht es darum formal GR Josef Gspan und ihn selbst zu bevollmächtigen, mit den Grundeigentümern zu verhandeln. Er erklärt weiters, dass ein Zeitdruck bestehe, da im Mai 2017 die ersten Optionsverträge auslaufen würden und es sollen mit dieser Beschlussfassung auch der Bgm und die beiden Vizebgm bevollmächtigt werden, im Namen der Gemeinde die Verträge zu unterfertigen

Diskussion:

Bgm Mag Thomas Öfner fügt hinzu, dass es sich bei den Optionsverträgen immer um dieselben Verträge handle und nur die jeweiligen Gst angepasst werden. Wenn bei irgendeinem Vorhaben etwas anderes zu vereinbaren wäre, dann werde dies dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden. Er erklärt auch, dass es sich bei den Verträgen um die in der bisherigen Form handle.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder findet es gut, wenn weitergearbeitet wird, glaubt aber nicht, dass ein Beschluss des Gemeinderates zwingend notwendig ist.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt dazu, dass er auf Nummer sicher gehen will mit den Bevollmächtigungen.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder fragt nach, ob sich bei den Verträgen was geändert habe.

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter erklärt, dass die Verträge alle gleich geblieben sind, auch in Bezug auf den Preis.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:

Der Raumordnungsausschussobmann Josef Gspan und der Wirtschaftsausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter werden bevollmächtigt, die noch offenen Options- und Tauschverträge in der Angelegenheit Gewerbegebiet Zirler Wiesen zu verhandeln. Der Bürgermeister und die zwei Vize-Bürgermeisterinnen werden bevollmächtigt, diese Verträge zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 10 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Gesamttarifordnung des Veranstaltungszentrums B4 und über den Antrag von Für Zirl betreffend Neuregelung der Nutzungsbedingungen für die Zirler Vereine

Vorlage: AL/575/2016

Bericht:

Bgm Mag Thomas Öfner berichtet darüber, dass dieser Punkt in zwei Ausschüssen vorberaten wurde. Wegen der Abstimmungsschwierigkeiten müsse man sich künftig überlegen, ob diese Vorgehensweise Sinn mache. Heute soll es aber zu einer Beschlussfassung kommen, damit Mag. Sabine Gaspari abgesichert ist.

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet darüber, dass es erforderlich ist, für das kommende Jahr die Tarife zu beschließen, da es einen Beschluss des Gemeinderates gibt, dass man im ersten Jahr die Tarife niedriger hält und diese an den Markt angleichen soll. Dies sei im vorliegenden Entwurf geschehen. Im Wirtschaftsausschuss war auch die Hochzeitspauschale ein Thema. Es wurde der Rabatt für Zirler Bürger und für Externe besprochen. Die Ausschussempfehlung lautet, dass man den Rabatt für Zirler Bürger von 35% auf 50% anhebt und den Rabatt für Externe streicht.

Ausschussobfrau 1 Vizebgm Iris Zangerl-Walser informiert über das Ergebnis ihres Ausschusses. Zirler Vereine sollen 50% weiterzahlen und Externe sollen 100% zahlen. Es soll auch ein Unterschied zwischen Hochzeiten und Privatfeiern geschaffen werden. Bei Hochzeiten soll um 40% rabattiert werden und bei Privaten Feiern für Zirler 30%. Bei Vereinigungen mit sozialem Hintergrund ohne Einnahmen soll die Saalmiete entfallen, da diese Vereinigungen an ihren Veranstaltungen nichts verdienen. In Zirl tätige politische Gruppierungen, die Veranstaltungen für das Gemeindewohl durchführen, sollen mit Vereinen gleichgestellt werden (zB bei Maifest, Familienfest, Kindersilvester, etc..)

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass es keine Unterscheidung zwischen Hochzeiten und Privaten Feiern geben sollte. Diese sollten zusammengefasst werden und unter Private Feiern laufen. Bei den Veranstaltungen von politischen Gruppierungen sollten bei Zweifeln im Gemeindevorstand bzw im Gemeinderat diskutiert werden, wie die Einordnung ist.

Diskussion:

GR Ing. Dr. Karl Neurauder spricht das Steuerkonstrukt an und fragt nach, wie hoch die Einnahmen sein müssen, damit finanztechnisch keine Probleme entstehen.

Der Abteilungsleiter der Finanzen Josef Gritsch, dass die Einnahmen sich bei 50% des laufenden Betriebes halten müssen.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder fragt weiter, wie viel Einnahmen mit Veranstaltungen von Vereinen erzielt werden müssen, damit es sich rentiert.

Der Abteilungsleiter der Finanzen Josef Gritsch erklärt, dass die Berechnungen des letzten Budgets nicht korrekt sind und teilt weiters mit, dass es demnächst Gespräche geben wird.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder gibt dann zu Bedenken, ob eine Reduktion von Mieteinnahmen dann sinnvoll ist.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass die Reduzierung von 50% schon gelebte Praxis ist. Er berichtet auch darüber, dass sich beim Antrag seiner Fraktion, Vereinen Veranstaltungen zum Nulltarif zu ermöglichen, Änderungen ergeben haben. Aus der Erfahrung hat sich nämlich gezeigt, dass die Vereine Schwierigkeiten mit einer Vollzahlung haben, aber keine Forderung nach einem Nulltarif hätten. Es ist wichtig, dass für Vereine kein Minus am Ende entsteht. Die hinzugezogene Fachberaterin Mag Manuela Reichert wird die Marktgemeinde Zirl diesbezüglich beraten und hat im Vorfeld schon erklärt, dass in ihrer Gemeinde die Vereine derart unterstützt werden, dass sie nach Bezahlung des geringeren Tarifes um Subvention des restlichen Betrages beim Bürgermeister ansuchen können.

GR Arch. Dipl.-Ing Rainer Schöpf teilt die Meinung in Bezug auf die Unterscheidbarkeit von Hochzeiten und privaten Veranstaltungen. Er gibt aber zu Bedenken, dass die Regelung des 50% Rabattes der bestehenden Gastronomie in Zirl schaden könnte. Er schlägt vor, den Vereinen eine Subventionierung im Nachhinein zu ermöglichen aufgrund der sonst herbeizuführenden Rabatt-Schlachten. Auch dem B4 würde diese Vorgehensweise besser tun.

GR Arch. Dipl.-Ing Rainer Schöpf fügt hinzu, dass der Rabatt für alle gleich sein sollte.

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart fragt nach ab welchem Zeitpunkt diese Tarife gelten sollen bzw fragt nach einer allfälligen Rückwirkung.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass die Tarife ab dem 01.01.2017 gelten sollen.

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart hält eine Unterscheidung von Zirler Vereinen mit und jenen ohne Einnahmen für sinnvoll. Er möchte aber anregen, dass in der Vergangenheit eine Reinigungspauschale verrechnet wurde und jetzt ein Stundensatz. Er schlägt vor, dass die Vereine die Reinigungsstunden gegenzeichnen sollen.

GR Ing. Wolfgang Hütter fügt hinzu, dass diese Vorgehensweise so wäre, wie wenn ein Regezettel unterschrieben werde.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass die Korrespondenz mit der Fachfrau Frau Mag. Reichert gezeigt hat, dass diese Vorgehensweise Sinn macht. Die besenreine Übergabe sollte in der Pauschale enthalten sein.

GR Thomas Gobes regt an, dass es eine einheitliche Regelung in Bezug auf Subventionen geben sollte, da ansonsten jeder Verein bei jeder Veranstaltung im Vorhinein hoffen muss, ob er eine Subvention bekommt oder nicht.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass er gerne bereit wäre, noch einmal im Ausschuss darüber beraten zu lassen, dass Vereine einmal im Jahr eine Subvention bekommen, sodass sie nur einen maximalen Betrag von ca 300-500 € zu tragen hätten.

2 Vizebgm Victoria Rangger weist auf den Antrag ihrer Fraktion auf Evaluierung des B4 hin und darauf, dass es ohne Erfahrungswerte sehr schwierig zu beschließen ist.

Bgm Mag Thomas Öfner erwidert, dass man ohne generelle Regelung nicht über einen Subventionsantrag sprechen kann. Er hat sich von den Vereinen Rückmeldungen eingeholt und die Forderung der Vereine bezieht sich nicht auf kostenlose Veranstaltungen, sondern es soll eine Reduktion zum Normaltarif sein.

GR Peter Pichler weist auf das vorherrschende Missverständnis hin und teilt mit, dass im Wirtschaftsausschuss die Tarifordnung nach der Vorlage vorberaten wurde, dh. Für alle Vereine eine 50% Ermäßigung und die Möglichkeit eines Subventionsansuchens.

GR Ing. Wolfgang Hütter fügt hinzu, dass jeder Verein 50% Ermäßigung bekommen sollte.

1 Vizebgm Iris Zangerl-Walser erklärt, dass dies auch in ihrem Ausschuss so vorberaten wurde.

GR Lukas Kaufmann ergänzt, dass aufgrund der Planungssicherheit für Vereine es eine klare Regelung braucht. Die generelle Ermäßigung von 50% und mit der Festlegung von zusätzlicher Förderungen in Form eines Ansuchens macht Sinn, sonst macht ein Verein fünf Veranstaltungen im Jahr und ein anderer nur eine.

GR Ing. Wolfgang Hütter stellt klar, dass eine 50% Ermäßigung generell gegeben sein sollte, darüber hinausgehende Förderungen, die im Vorhinein festgelegt werden, hält er für rechtlich sehr bedenklich.

1 Vizebgm Zangerl-Walser weist noch einmal darauf hin, dass generell für alle Zirler Vereine es eine 50% Ermäßigung geben soll und es dabei nebensächlich sein sollte, ob ein Verein mehrere Veranstaltungen im Jahr macht.

GR Ing. Dr. Karl Neuraüter teilt mit, dass er es generell gut findet, wenn die Vereine unterstützt werden, aber Bedenken hat, ob dies gut für die Finanzlage der Gemeinde ist. Er hält eine Regelung mit Subventionsansuchen deshalb für sinnvoll, da man dann flexibler in der Gestaltung wäre.

GR Arch. Dipl.-Ing Rainer Schöpf schlägt vor, ein Finanzierungsmodell zur Finanzierung des B4 aufzubereiten. Dann sei alles weitere zu prüfen.

GR Thomas Pichler erklärt, dass klare Tarife bestehen müssen. Es sollte immer darauf geachtet werden, dass das B4 die Kosten abdecken kann.

Bgm Mag Thomas Öfner erwidert, dass dies finanztechnisch nicht funktioniere.

1 Vizebgm Iris Zangerl-Walser teilt mit, dass für Vereine fix geklärt werden sollte, dass 50% ermäßigt werden. Sie ergänzt, dass das B4 sich sowieso bisher nicht rentiert habe.

GR Arch.-Dipl.-Ing. Rainer Schöpf fragt nach der Steuer von fast 2 Mio Euro.

GR Ing. Dr. Karl Neuraüter fügt hinzu, dass dieses Thema im Rahmen der Erstellung des Budgetplanes erfolgen sollte. Durch den Beschluss des GR haben die Vereine dann die nötige Planungssicherheit. Er ergänzt weiters, dass dies in den letzten Jahren auch gut funktioniert habe.

GR Thomas Gobes erklärt, dass es wenn dies im Budget mitaufgenommen wurde, dies aber nicht heißt, dass Vereine dies bekommen. Er findet es besser, wenn im Vorhinein eine 50% Rabattierung festgelegt wird.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder erklärt, dass wenn das Budget beschlossen wird, dies Planungssicherheit für die Vereine bedeute.

Bgm Mag Thomas Öfner hält es für problematisch, wenn man dies im Budget fix festlegt, da dies finanztechnisch nicht möglich sein wird.

GR Josef Gspan erklärt, dass zwischen Subvention und Einnahmen kein fixer Zusammenhang bestehen darf. Er hält es deshalb für sinnvoll, jetzt eine Beschlussfassung über die 50% Rabattierung zu treffen.

1Vizebgm Iris Zangerl-Walser teilt mit, dass es für Soziale Vereine, die zB den Tauschmarkt veranstalten, wichtig ist, dass sie wissen, dass sie keine Zahlung leisten müssen.

Bgm Thomas Öfner erklärt abschließend, dass die Tarifordnung in Bezug auf die Saalmieten unstrittig ist und die Beschlussfassung über die Vereinstarife ergehen soll.

Antrag + Beschluss:

- 1. Die Anhebung der Saalmiete laut der am 31.08.2016 übermittelten Tarifordnung inklusive der Reinigungsstunden wird beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

- 2. Zirler Vereinen soll für jede Veranstaltung im Jahr ein Rabatt von 50% gewährt werden.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

- 3. Es soll keine Unterscheidung zwischen Hochzeiten und Privatveranstaltungen mehr gemacht werden. Der externe Rabatt für diese Veranstaltungen soll gestrichen werden. Private Veranstaltungen werden mit 40% rabattiert, sofern diese von Zirler Bürgern veranstaltet werden.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

- 4. Gemeinnützige Zirler Vereine mit sozialem Hintergrund, die aus der Veranstaltung keine Einnahmen erzielen, werden von den Kosten der Saalmiete befreit.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

- 5. In Zirli tätige politische Gruppierungen sollen bei Veranstaltungen für das Gemeinwohl (zB. Maifest, Familienfest, Kindersylvester etc.) unter die Vereinsregelung der 50% Rabattierung fallen. Darunter fallen aber nicht parteipolitischen Veranstaltungen, wie zB Klausuren, Wahlkundgebungen etc.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 11 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Friedhofserweiterung
Vorlage: INFR/120/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet vom Erweiterungskonzept des Friedhofes, welches gemeinsam mit Matthias Wild, Petra Kreiser und Ing. Dr. Karl Neurauder erarbeitet wurde. Die Urnennischerweiterung wurde in den Jahren 2015 und 2016 bereits teilweise umgesetzt, das Konzept nach Besprechungen im Juli überarbeitet, da der Trend in Richtung Urnennischen und nicht Erdgräbern geht. Dieser Trend wurde vom Gemeindeamt auch bestätigt.

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter teilt weiters mit, dass im heurigen Jahr das Budget von € 20.000,- für die WC-Anlagen sowie der Sanierung der Leichenhalle vorgesehen ist und nächstes Jahr mit einem Budget von € 60.000,- weitere Urnennischen geschaffen werden. Im Jahr 2018 soll es mit einem Betrag von € 120.000,-, im Jahr 2019 mit einem Betrag von € 135.000,- zu einer weiteren Erweiterung der Urnennischen kommen. 2020 mit einem Betrag von € 130.000,- die restlichen Nischen geschaffen werden sowie die Gehsteige.

2021 soll eine Sanierung mit einem Betrag von € 25.000,- durchgeführt werden. Insgesamt sollen daher 220 bis 230 neue Urnengräber errichtet werden, laut der Bediensteten Petra Kreiser würde man mit den bestehenden Erdgräbern auskommen. Der Vorschlag ist daher die Sanierung der WC-Anlagen noch heuer zu machen.

Diskussion:

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart fragt nach, ob man für die Sanierung einen Kredit aufnehmen muss.

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter erklärt, dass die veranschlagten 25.000,- im außerordentlichen Budget inbegriffen sind.

Antrag + Beschluss:

Der Bauabschnitt 3 - Sanierung Leichenhalle, WC-Anlagen soll noch heuer umgesetzt werden. Die restlichen Bauabschnitte sollen nach dem Konzept in den laufenden Jahren umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 12 Beratung und Beschlussfassung betreffend der B4-Mieten für Schützenkompanie, Alpenverein und Theaterverein
Vorlage: AL/582/2016**

Dieser Tagesordnungspunkt wird im vertraulichen Teil beraten.

Antrag + Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wird im vertraulichen Teil beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 13 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Schenkungsvertrag der
Dorfkrippe - insbesondere §5 Schenkungsauflage
Vorlage: AL/545/2016**

Bericht:

Ausschussobfrau Iris Zangerl-Walser berichtet von einer Diskussion in ihrem Ausschuss hinsichtlich dem betreffenden Schenkungsvertrag und der Tischvorlage zur Schenkungsauflage in § 5 des Vertrages, da diese abgeändert wurde. Es soll die Verpflichtung der Gemeinde nicht auf Lebzeiten, sondern für die Dauer von 10 Jahren eingegangen werden. Es ergeht die Empfehlung an den Gemeinderat diesen Schenkungsvertrag mit der Vertragsänderung zu beschließen.

Diskussion:

Bgm Mag Thomas Öfner merkt an, dass aufgrund der Befristung des Vertrages die Wertschätzung der Krippe nicht fallen soll, sondern dass für den Gemeinderat die Möglichkeit geschaffen werden soll, sich von der Verpflichtung wieder zu lösen, da es nicht sinnvoll erscheint, aufgrund der möglichen veränderten Situationen eine ewige Bindung einzugehen.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder fragt nach, ob eine Klausel im Vertrag angeführt ist, was passiert, wenn die Krippe nicht aufgestellt wird.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass die einseitige Vertragsänderung mit dem TVB erst abgestimmt werden muss.

GR Hermann Stolze fragt nach, ob es möglich ist, vorher abzuklären, ob das Einverständnis des TVB vorliege.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass eine grundsätzliche Abstimmung des Gemeinderates erforderlich ist, ob man die Krippe überhaupt geschenkt haben will, ansonsten eine weitere Verhandlung nicht sinnvoll ist.

Ersatz-GR Ing. Reinhart stimmt überein und findet eine grundsätzliche Abstimmung für sinnvoll.

Bgm Mag Thomas Öfner fügt hinzu, dass die Krippe noch nicht im Eigentum der Marktgemeinde steht und deshalb die Abstimmung auch unter der Voraussetzung der Vertragsänderung in Bezug auf § 5 des Vertrages erfolgen sollte. Wenn der TVB nicht zustimmen sollte, werde neu abgestimmt werden.

Antrag + Beschluss:

Dem Abschluss des Schenkungsvertrages wird unter der Bedingung der Abänderung des § 5 des Vertrages (keine lebenslange Verpflichtung, sondern auf 10 Jahre befristet) zugestimmt. Sollten die Verhandlungen mit dem Tourismusverband bezüglich der Abänderung scheitern, wird die Angelegenheit dem Gemeinderat neuerlich vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 14 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Subventionansuchen vom
Kulturverein Die Selch
Vorlage: AV/693/2016**

Bericht:

Ausschussobfrau Iris Zangerl-Walser berichtet darüber, dass im August schon Gespräche mit dem Kulturverein auch unter Beisein der Obleute geführt wurden und dieser im Sommer schon das Subventionsansuchen gestellt hat. Dieses Ansuchen ist wichtig für das together Festival da es bereits schon weitere Termine im September bzw. Oktober 2016 gibt. € 1.500,- - würden als Unterstützung veranschlagt werden. Im November wird es ein neuerliches An-

suchen geben, da der Kulturverein dann ein neues Lokal braucht. Diese Subvention ist aber erforderlich, dass das together Festival überhaupt stattfinden kann

Diskussion:

2 Vizebgm Victoria Rangger fragt nach, ob die Monate für heuer oder nächstes Jahr sind.

Ausschussobfrau Iris Zangerl-Walser erklärt, dass dies für heuer wäre.

Bgm Mag Thomas Öfner schildert, dass der Kulturverein Selch bei ihm vorgesprochen hat und dass keine personellen Schwierigkeiten mehr bestehen und dass das together Festival sehr begrüßenswert ist.

Ersatz-GR Marco Bernardi fragt nach, ob das ursprüngliche Ansuchen nicht bei € 1.000,-- war.

Ausschussobfrau Iris Zangerl-Walser erklärt, dass dies bei € 4.000,-- lag.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass man die entsprechende Unterstützung zusagen sollte.

Antrag + Beschluss:

Der Verein „Die Selch“ erhält im Jahr 2016 eine Unterstützung von € 1.500,-- zur Ausrichtung des Together-Festivals. Der Verwendungsnachweis ist entsprechend vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	18	Nein:	1	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 15 Beratung und Beschlussfassung betreffend Schließzeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen
Vorlage: JUPE/174/2016**

Bericht:

Ausschussobfrau Marion Plattner berichtet von den vorherrschenden unterschiedlichen Schließzeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen. Es ist sinnvoller, wenn die Schließzeiten für alle Einrichtungen geregelt sind. Der Kindergarten Marktplatz hat zB die ersten zwei Wochen der Ferien geschlossen, das Fambozi die letzten zwei Wochen. Es sollte für alle eine klare Regelung geschaffen werden, auch in Bezug auf die Reinigungsarbeiten wäre diese Lösung sinnvoll, da diese dann ausschließlich durch die Marktgemeinde Zirl durchgeführt werden könnten.

Diskussion:

GR Hermann Stolze teilt mit, dass ein Wissen über die genauen Öffnungs- und Schließzeiten aller Einrichtungen sehr begrüßen würde.

Ausschussobfrau Marion Plattner teilt mit, dass eine entsprechende Information nach der Beschlussfassung erfolgen wird.

GR Ing. Wolfgang Hütter fragt nach, ob die Schließzeiten im Fambozi und im Kindergarten Schulgasse dann dieselben wären.

Ausschussobfrau Marion Plattner bejaht dies.

Antrag + Beschluss:

Es soll eine Regelung in den Kinderbetreuungseinrichtungen bezüglich der Sommer-Schließzeiten beschlossen werden.

Die ersten zwei Ferienwochen im Sommer wird der Kindergarten Marktplatz geschlossen, die letzten beiden Ferienwochen wird das gesamte FamBoZi und der Kindergarten Schulgasse geschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 16 Beratung und Beschlussfassung betreffend einheitlicher Regelungen der finanziellen Unterstützungen für Schulen
Vorlage: JUPE/175/2016**

Bericht:

Ausschussobfrau Marion Plattner berichtet von einer erforderlichen Grundsatzregelung für alle Schulen betreffend der Subventionen und informiert weiters vom Antrag der Direktorin der Volksschule in derselben Angelegenheit. Das SPZ, die NMS und die VS sollten gleichgestellt werden. Die Regelung, dass eine Klasse im Laufe der 4 Jahre zweimal einen Fahrtkostenzuschuss von € 300,- bekommen würde, wäre eine faire Lösung. Die Durchführung der Gleichberechtigung wurde im Vorfeld auch mit dem Abteilungsleiter der Finanzverwaltung der Marktgemeinde Zirl abgestimmt und von diesem erklärt, dass diese durch Heranziehung einer Excel-Tabelle möglich ist.

Ausschussobfrau Marion Plattner berichtet von einem weiteren Antrag der Direktorin der Volksschule in Bezug auf die Emilflaschen. Es ergeht der Antrag dass der Bgm der Marktgemeinde Zirl jedes Jahr zu Schulbeginn diese Emilflaschen austeilen kann.

Auch berichtet sie davon, dass der Antrag betreffend der Verteilung von Faschingskrapfen abgelehnt werden soll, da die Eltern den Kindern schon sehr viel mitgeben würden. Auch wäre dies dann aufgrund der Gleichstellung in der NMS auch durchzuführen, was sich wiederum auf die Kosten ausschlagen würde. Faschingskrapfen werden bei so vielen öffentlichen Feiern ausgeteilt, sodass dies nicht notwendig sei.

Diskussion:

GR Hermann Stolze fragt nach, ob die Subvention auch für die Schwimmwoche gelten würde und ob die Höhe aliquot ist.

Ausschussobfrau Marion Plattner erklärt, dass die Heranziehung der Subventionen egal ist, entscheidend ist, dass jeder zweimal € 300,-, aber keine Sondersubventionen erhält. Die Höhe sei aliquot.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder befürwortet die Anträge betreffend der einheitlichen Subventionen und der Emilflaschen, die Lösung der Krapfen findet er nicht gut.

Ausschussobfrau Marion Plattner erklärt, dass wenn jeder Krapfen haben möchte, sich dies negativ auf die Kosten schlagen würde.

Es erfolgt eine Diskussion über die Krapfen.

1 Vizebgm Iris Zangerl-Walser befürwortet die klare Regelung betreffend der Subventionen und gratuliert der Ausschussobfrau.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass dieser Beschluss ihm nicht verbieten werde, Faschingskrapfen zu spendieren. Er findet es gut, wenn die Marktgemeinde im B4 einen Kinderfasching veranstaltet und dies mit der Spendierung von Faschingskrapfen unterstützt, auch wetterbedingt wäre dies geeignet.

Ersatz-GR Iris Pichler erklärt, dass sie aus Erfahrung sagen kann, dass die Kinder zur Faschingszeit fast jeden Tag Faschingskrapfen bekommen würden.

Antrag + Beschluss:

- 1. Pro Klasse werden innerhalb von vier Jahren zweimal € 300,- Fahrtkostenunterstützung von Seiten der Gemeinde gewährt, somit sind sämtliche Fahrtkostenzuschüsse seitens der Gemeinde abgedeckt.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

- 2. Die Emil-Flaschen-Aktion von ATM wird von der Gemeinde finanziell unterstützt werden.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

3. Die Finanzierung der Faschingskrapfen für die Faschingsfeier der Volksschule werden abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 17 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Antrag auf Beschriftung von Flurbezeichnungen entlang von Wanderwegen
Vorlage: AL/560/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Georg Kapferer berichtet vom Antrag auf Beschriftung von Flurbezeichnungen entlang von Wanderwegen und dass von den Antragstellern festgestellt wurde, dass die schönen Wanderwege derzeit nur den alt ansässigen Zirlern bekannt seien. Diese Wanderwege sollten daher mehr Bekanntheit erfahren. Es ergeht daher die Empfehlung, den Bauhof über den Winter die Schilder anfertigen zu lassen und dann im Frühjahr gemeinsam mit einigen Vereinen diese aufzustellen. Es haben sich im Vorfeld auch schon einige Vereine bereiterklärt, bei der Aufstellung mitzuhelfen.

Bgm Mag Thomas Öfner ergänzt, dass bereits Erhebungen im Gemeindeamt veranlasst worden sind und dass man auf ein Angebot von ca € 30,- pro Tafel gekommen ist.

Diskussion:

GR Hermann Stolze fragt nach, ob die Konzeption betreffend der Zugehörigkeit der Wanderwege (Gemeinde oder TVB) schon fertig sei. Er äußert auch Kritik dahingehend, ob es Sinn macht, eine Tafel aufzustellen, wenn noch nicht feststünde, ob der Weg überhaupt begehbar sei.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt daraufhin mit, dass der Abteilungsleiter der Abteilung Infrastruktur Ing Walter Würtenberger nächste Woche einen Termin mit dem Tourismusverband habe, um dies zu klären, diese Thematik sehe er aber getrennt von der Thematik der Kennzeichnung von alten Flurbezeichnungen.

Antrag + Beschluss:

Die Zustimmung für die Umsetzung der Aufstellung von Tafeln mit den alten Flurbezeichnungen entlang von Wanderwegen wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 18 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen auf Abtretung des Servitutes von Claudia Bauhof (Auergasse)
Vorlage: INFR/116/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Georg Kapferer berichtet vom Antrag betreffend dem Ansuchen auf Abtretung des Servitutes und teilt mit, dass aufgrund der dadurch entstehenden Problematik in Bezug auf die Schneeräumung (kein Platz mehr für die Ablagerung von Schnee) empfohlen wird, diesem Antrag nicht näher zu treten.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen

Antrag + Beschluss:
Dem Antrag auf Abtretung der Servitut soll nicht näher getreten werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 19 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Verkehrsverhältnisse B177 Seefelder Straße ab km 1,850 - Geschwindigkeitsbeschränkung 80km/h
Vorlage: INFR/122/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Georg Kapferer berichtet von der Beratung über die Geschwindigkeitsbeschränkung von 80 km/h und weiters von dem Vorschlag, die Bodenmarkierungen der Fahrbahn schmaler zu gestalten, um Maßnahmen zu setzen.

Diskussion:

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass seiner Ansicht nach ein Konzept ausgearbeitet werden müsste.

Ersatz-GR Ing. Reinhart erklärt, dass eine Begehung des Landes Tirol stattgefunden hat und daraufhin eine Stellungnahme verfasst wurde, in welcher hervorgeht, dass dies umgesetzt werden muss.

GR Ing. Wolfgang Hütter gibt zu Bedenken, dass die letzte Variante der Verlängerung der Bodenmarkierungen gescheitert ist. Er fragt nach ob es im Vorfeld schon eine Zusage zu dieser Maßnahme gibt, nicht dass es nochmals zu einer Ablehnung kommt.

Bgm Mag Thomas Öfner ergänzt, dass es keine Zusage geben kann, da kein neuerlicher Antrag gestellt wurde, es hat aber eine Besprechung gegeben, aus der hervorgeht, dass diese Variante am ehesten Aussicht auf Erfolg hat. Er fügt hinzu, dass die Verkehrsabteilung keine einfachen Parameter vorgibt und dass eine verkehrstechnische Maßnahme nichts an der Lärmthematik ändert.

GR Ing. Wolfgang Hütter fragt nach den Kosten der Planung.

Ausschussobmann Georg Kapferer regt an, dass zuerst grundsätzlich beschlossen werden sollte, dass dies gemacht werden sollte.

Ersatz-GR Ing. Reinhart fügt hinzu, dass dieser Vorschlag vom Land selbst gemacht worden ist.

Bgm Mag Thomas Öfner schlägt vor, dass eine Kostenschätzung eingeholt werden sollte.

GR Hermann Stolze fragt nach den Chancen dieser Maßnahme.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass dies sicherlich ein längerer Prozess wird und dass man mithilfe der bereits gebildeten Bürgerinitiative das Ansuchen verstärken könne.

GR Hermann Stolze fragt, ob alle Möglichkeiten in Bezug auf die sicherheitstechnische Sicht ausgeschöpft wurden.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass die Sicherheitstechnik nicht relevant für den Verkehr ist. Das Verkehrsreferat hat bereits dazu Stellung genommen und erklärt, dass dies kein Problem sei, sondern ganz im Gegenteil kein Nachweis für ein erhöhtes Unfallrisiko vorliege. Der erste Ansatz wäre aber eine Reduktion in Bezug auf den Lärm.

Antrag + Beschluss:

Es soll eine Verkehrsplanung über eine dreispurige Bodenmarkierung in Auftrag gegeben werden und nach Kenntnis der Kosten soll eine nachfolgende Antragstellung an die Verkehrsabteilung erfolgen.

Die Ermächtigung zur Entscheidung wird an den Gemeindevorstand vom 03.10.2016 delegiert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 20 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von FPÖ Ortsgruppe Zirl zur "Errichtung von Hundefreilaufzonen"
Vorlage: INFR/088/2016

Bericht:

Ausschussobmann Georg Kapferer berichtet davon, dass Ersatz-GR Marco Bernardi als beratendes Mitglied im Ausschuss dabei war und dass entsprechende Grundstücke gesucht wurden, welche nach einer Zaunerrichtung für das Austoben der Hunde geeignet wären. Dabei ist man auf zwei mögliche Grundstücke GStNrn 1992 und 2065 gekommen. Das Feld in der Schönau, welches ursprünglich für Christbäume gedacht war, sei jetzt verwildert und könnte von der Gemeinde gepachtet und dann eine Hundefreilaufzone errichtet werden. Die Kosten für die Errichtung und Instandhaltung (mähen) würde die Gemeinde tragen. Im Vorfeld hat Herr Kapferer mit Herrn Gritsch von der Finanzverwaltung gesprochen. Dieser geht davon aus, dass kein Überhang besteht.

Diskussion:

Ersatz-GR Ing. Reinhart spricht sich für den ersten Platz in der Schönau aus, da es im Naturrell der Hunde liege, frei herumzulaufen, auch in der Umgebung der Zone.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder hat Bedenken hinsichtlich dem unmittelbar angrenzenden Äuele Spielplatz.

Ersatz-GR Ing Reinhart erklärt daraufhin den genauen beabsichtigten Standort.

2 Vizebgm Victoria Rangger erklärt, dass eine Hundefreilaufzone grundsätzlich wie eine in Innsbruck sein wird und dass die Verantwortung beim jeweiligen Besitzer liegt, ob er seinen Hund anleint.

Ersatz-GR Marco Bernardi erklärt, dass eine Erhebung beim Stadtmagistrat Innsbruck ergeben hat, dass diese in Bezug auf Hundefreilaufzonen im Plus sind.

Ausschussobmann Georg Kapferer spricht sich gegen diese Auffassung aus.

GR Ing. Wolfgang Hütter fragt nach der Höhe der Einmalinvestitionskosten für die Errichtung der Hundefreilaufzone.

Ausschussobmann Georg Kapferer erklärt, dass derzeit keine genauen Zahlen vorliegen würden, da man zuerst mit den Grundstückseigentümern reden müsste, heute soll aber generell ein Beschluss gefasst werden, ob diese Angelegenheit überhaupt weiterverfolgt werden soll.

Bgm Mag Thomas Öfner spricht sich für eine Prüfung der Kosten aus und schildert die derzeitige schwierige Situation des Flurwächters betreffend der freilaufenden Hunde. Es wäre ein positiver Ansatz für ihn, wenn er den Besitzern sagen könnte, wo diese mit ihren Hunden hingehen könnten.

Ersatz-GR Marco Bernardi fügt hinzu, dass die Hundebesitzer und nicht die Allgemeinheit dies zahlen würde.

Ausschussobmann Georg Kapferer erklärt, dass diese Aussage nicht stimmt, da laut dem Finanzverwalter Josef Gritsch keine Kostendeckung erzielt werden würde.

Es erfolgt anschließend eine allgemeine Diskussion.

Antrag + Beschluss:

Das Projekt „Errichtung von Hundefreilaufzonen“ soll grundsätzlich weiterverfolgt werden und konkret noch einmal darüber abgestimmt werden, wenn die Kosten und die Verfügbarkeit der GSt 1992 sowie 2065 feststehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 21 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Antrag von ZIRL AKTIV auf Übersiedlung des Schaferstadel in das Landwirtschaftliche Siedlungsgebiet "Aue" und Zuführung des Gst 2253/1 zum leistbaren Wohnbau
Vorlage: AL/583/2016**

Bericht:

Ausschussobmann Josef Gspan berichtet vom Antrag von Zirl Aktiv betreffend dem GstNr 2253/1 (Schaferstadel) auf Übersiedlung in die Aue, um dann auf dem betreffenden Gst einen leistbaren Wohnbau mit 50 Wohneinheiten zu errichten. Die Abfahrt der Zirler Aue sei schon errichtet, nur der Gefahrenzonenplan sei noch nicht in Rechtskraft erwachsen. Der Ausschuss hat es positiv bewertet, die rot-gelbe Gefahrenzone wegzubekommen, aber es als bedenklich eingestuft, dass keine Ertragsflächen in der Aue sind. Ein Problem stellen auch die TIWAG Leitungen dar. Im Ausschuss wurde dieser Antrag abgelehnt.

Diskussion:

GR Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf teilt mit, dass das Projekt in der letzten Periode mehrere Eckpfeiler hatte und dass gemeinsam mit dem Land Tirol die RO-Änderung entwickelt wurde und jetzt, da die Abfahrt fertiggestellt wurde, der Schaferstadel umgesiedelt werden könnte, um einen leistbaren Wohnbau zu schaffen, da ja laut dem Wohnungsausschuss ein großer Bedarf an leistbarem Wohnbau besteht. Auch aufgrund des heutigen Vortrages vor der Gemeinderatsitzung ist hervorgegangen, dass eine Ausweisung zu einer gelb-roten Gefahrenzone angedacht ist und wenn dies einmal rechtskräftig beschlossen werde, man diese Ausweisung nicht mehr wegbekommen würde, deshalb sei die Dringlichkeit dieses Antrages gegeben. Es spricht daher grundsätzlich nichts gegen eine Umsetzung, was zu klären gilt, sind die dort vorhandenen Leitungen. Es wird auch anzudenken sein, welche Größen von Wohnungen errichtet werden sollen, 30-50 wären ein Vorschlag.

GR Hermann Stolze erklärt, dass man mehrere Jahre am Raumordnungskonzept gearbeitet hat und man sich bei der Entwicklung sehr viele Gedanken darüber gemacht hat. Es gab dazu auch eine Stellungnahme des Landes Tirol, dass in Richtung Süden keine Entwicklung möglich wäre. Wenn diese Fläche als Freihaötefläche ausgewiesen werden würde, würde dies Begehren wecken.

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart stimmt den Aussagen von GR Hermann Stolze zu und findet die vorgeschlagene Vorgehensweise seltsam, dass ein einziges Grundstück für Wohnbau genutzt werden soll, nimmt Bezug auf den heutigen Vortrag und erklärt, dass vor ca drei-vier Jahren der Gemeinde die Gst angeboten wurden und diese darauf nicht reagiert habe und dadurch die Eigentümer sehr verärgert habe. Er hat weitere Bedenken aufgrund der vorliegenden 11 kv Leitung und schildert von einem Projekt von vor ca zehn Jahren, bei welchem das naturschutzrechtliche Gutachten negativ ausgefallen sei aufgrund der vorhandenen Vogelarten und deswegen ist es für die Marktgemeinde Zirl erstrebenswert, auf anderen Grundstücken leistbaren Wohnbau zu schaffen.

GR Ing. Wolfgang Hütter teilt mit, dass die Schönau in den letzten Jahren schon öfters in den Diskussionen angesprochen wurde. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass die Grundstücke in dieser Zone ausgewiesen seien.

GR Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf erklärt, dass der Bedarf an leistbaren Wohnen entweder dem politischen Willen unterliegt oder nicht. Die Gemeinde verfüge sehr wohl über Gst, auch wenn in der Vergangenheit mit den Eigentümern kein Einvernehmen erzielt werden konnte, habe man jetzt einen neuen Gemeinderat, einen neuen politischen Willen und dadurch neue Möglichkeiten.

Bgm Mag Thomas Öfner hält den Antrag für unseriös und grob fahrlässig, da die heute stattgefundene Präsentation klar dagegen spricht. Zu argumentieren, dass der politische Wille fehle um leistbaren Wohnbau zu schaffen, hält er für fachlich unseriös.

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart fügt hinzu, dass er die Meinung von Mag Öfner vertrete und dass gegen eine Fachmeinung keine Möglichkeiten bestehen.

GR Arch. Dipl. Ing. Rainer Schöpf hält GR Reinhart vor, dass im Vortrag eine andere Aussage von Reinhart getätigt wurde.

GR Reinhart widerspricht und fügt hinzu, dass keine Fläche risikoreicher eingeschätzt werden sollte, als sie tatsächlich ist.

Bgm Mag Öfner erklärt, dass eine Chance für eine Veränderung darin bestehe, von Norden her zurückzudämmen, um eine Fläche zu bekommen und verweist auf den heute gehörten Vortrag.

Es erfolgt eine Diskussion zwischen GR Arch. Dipl.-Ing Rainer Schöpf und GR Reinhart in Bezug auf die Dringlichkeit des betreffenden Antrages.

GR Thomas Pichler möchte die Diskussion abkürzen und teilt mit, dass man in Bezug auf die betreffenden Häuser in der Gefahrenzone unter besonderen Sicherheitsauflagen bauen muss, aber es braucht einen politischen Willen, eine Grundsatzentscheidung, ob man schnell leistbares Wohnen schaffen will oder nicht.

GR Marion Plattner erklärt, dass der politische Wille durchaus gegeben ist, leistbares Wohnen in Zirl zu schaffen. Dass auf dem betreffenden Gst kein leistbarer Wohnbau geschaffen werden soll, hat Gründe (Leitungen etc).

GR Pichler teilt mit, dass solche Grundsatzbeschlüsse schon in der Vergangenheit gefasst worden sind und dass viele Dinge in Kauf genommen wurden, ohne ins Detail zu gehen. Die Bevölkerung wird sich nur fragen, warum dann ein Linksabbieger errichtet worden ist.

GR Marion Plattner teilt mit, dass für den nicht durchgeführten Grundstückskauf in dieser Gegend nicht dieser Gemeinderat verantwortlich sei und dass ein derartiger Kauf nicht von heute auf morgen passieren kann. Sie schlägt weiters vor, dass die betroffenen Personen des Schaferstadels zuerst befragt werden sollten.

GR Hermann Stolze fügt hinzu, dass in der letzten Legislaturperiode das Raumordnungskonzept vom Land verweigert wurde und deshalb in Einzelschritten vorgegangen wurde, dies aber kein Ziel sein könne. Außerdem sei offensichtlich, dass die betroffenen Personen nicht übersiedeln wollen.

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart erklärt noch einmal die Situation in Bezug auf die 110 kv Leitung der TIWAG und des abweisenden naturschutzrechtlichen Verfahrens in der Vergangenheit.

GR Ing. Wolfgang Hütter ergänzt, dass der Linksabbieger keineswegs errichtet wurde, um den Schaferstadel umzusiedeln.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder schlägt vor, einen vernünftigen Weg zu gehen und mit den Eigentümern des Schaferstadels zu sprechen und zu prüfen, wie lange das Vertragsverhältnis andauert. Es sollten Gespräche geführt werden, um zu einem gemeinsamen Weg zu finden.

GR Josef Gspan fragt nach dem Sinn dieser Vorgehensweise, da offensichtlich ist, dass die Mehrheit der Besitzer dies nicht möchte.

Bgm Mag Öfner findet die Idee der Kommunikation mit den Eigentümern gut, regt aber an zuerst die Fortschreibung des Raumordnungskonzeptes durchzuführen und dann alles weitere zu prüfen.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder erklärt, dass wenn der politische Wille nicht gegeben ist, immer Argumente gesucht werden, um dies zu verhindern. Er gibt zu bedenken, dass dies nicht der richtige Weg sei, von vornherein diesen Antrag abzulehnen, wenn dies als einziger Weg erscheint, um leistbares Wohnen zu schaffen.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass er dazu steht, dass er einen anderen politischen Willen hat. Was er aber keinesfalls duldet, ist die Unterstellung, dass der politische Wille fehle, auch dulde er nicht, dass man zu „faul“ sei um leistbares Wohnen zu schaffen.

Es soll daher jetzt über den Antrag abgestimmt werden.

Antrag + Beschluss:

Die Umwidmung nach dem Antrag von Zirl Aktiv in Wohngebiet für leistbares Wohnen inklusive ÖROK Änderung soll erfolgen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja:	5	Nein:	14	Enthaltung:	
-----	---	-------	----	-------------	--

- zu 22** Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Roland Eisendle um Auflegung und Erlassung eines Flächenwidmungsplanes für die Umwidmung des Gst. 1827/3 KG Zirl von derzeit Freiland in Sonderfläche Hofstelle - Beauftragung an Fa. Rauch
Vorlage: BAU/071/2016

Bericht:

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf Wunsch von Herrn Roland Eisendle von der Tagesordnung genommen.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

- zu 23** Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Bauwerk Wohnraum GmbH um Auflegung und Erlassung eines Bebauungsplanes und eines ergänzenden Bebauungsplanes für das Gst. 175 KG Zirl in der Schwabstraße, überarbeitetes Ansuchen Variante 1
Vorlage: AL/580/2016

Bericht:

Ausschussobmann Josef Gspan informiert darüber, dass dieser Antrag in der Vergangenheit dem Gemeinderat schon einmal vorgelegt wurde. Es wird vom Ausschuss empfohlen, den vorgelegten Plan der Schwabstraße 7 mit folgenden Parametern aufzulegen und zu erlassen.:

KERNGEBIET

BMD M = 1.50

BMD H = 3,91

BW b = 0.4

HG H = 644,80 m ü.A, HG H = 646,05 m ü.A, HG H = 646,45 m ü.A

Eine privatrechtliche Vereinbarung liegt bereits vor.

Diskussion:

GR Hermann Stolze erklärt, dass dies eine Schnittstelle zu seinem Ausschuss sei, es sollte eine Klärung folgen.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass er schon mit dem Ausschussobmann des Wohnungsausschusses Fred Stecher gesprochen habe, ob ein eigenes Gremium benötigt werde. Es sei richtig, dass Ausschüsse gebildet wurden, die Schnittstellen seien.

Antrag + Beschluss:

Gemäß § 66 Abs. 1 und 2 Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 – TROG 2011, LGBl. Nr. 56, soll der von der Fa. PLAN ALP, Innsbruck, ausgearbeiteten Entwurf vom 24.08.2016 über die Auflegung und Erlassung eines Bebauungsplanes „ B16 Schwabstraße 7 – Bauwerk „ im Bereich der Gste. 313/3, 313/2, 313/1, 175, 173, 172 und der Bp. 218, 214 und 213 alle KG. Zirl, laut planlicher und schriftlicher Darstellung, mit folgenden Parametern

KERNGEBIET

BMD M = 1.50

BMD H = 3,91

BW b = 0.4

HG H = 644,80 m ü.A, HG H = 646,05 m ü.A, HG H = 646,45 m ü.A

durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt werden.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 TROG 2011 der Beschluss über den Bebauungsplan „B16 Schwabstraße 7 - Bauwerk“ gefasst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 24 **Beratung und Beschlussfassung über die Regelung zur Sicherstellung des Wohnbedarfes an Wohnungen für ZirlerInnen - Zirler Regelung (derzeit 60:40)**
Vorlage: BAU/069/2016

Bericht:

Ausschussobmann Josef Gspan berichtet von der derzeitigen Regelung und dem derzeitigen ablösebetrag von € 50.000,--.

Er berichtet weiters von der Beratung seines Ausschusses und der Diskussion über die möglichen Varianten.

Nachfolgend erklärt er die Varianten:

Absatz A, Zif.1

Eine Wohnanlage besteht aus einem oder mehreren Baukörpern, wobei jeder Baukörper aus *max. 10 WE* bestehen darf. *Ausnahmen entscheidet der GR je nach Projekt.* (vom Ausschuss einstimmig beschlossen)

Absatz A, Zif.2

Von den gesamten Wohneinheiten sind mindestens 60%, bei 4 Wohneinheiten mind. 50% an Zirler WohnungswerberInnen zu *Wohnbauförderungsrichtlinien* zu verkaufen.

- 1) Vorschlag: 50:50 Regelung generell (Ausnahme Kerngebiet) Beschluss Ausschuss: 3 ja, 4 nein**
- 2) Vorschlag: 60:40 wie gehabt (Ausnahme Kerngebiet) Beschluss: 4 ja, 3 nein Ausschussempfehlung**
- 3) Vorschlag: Kerngebiet keine generelle Vorgabe Beschluss: 4 ja, 3 nein**
- 4) Vorschlag: Kerngebiet 20:80 Beschluss: 2 ja, 5 nein**
- 5) Vorschlag: Kerngebiet 20:80 Zirler ohne WBF Beschluss: 1 ja, 6 nein**

Absatz A, Zif.3

Wird *ein halbes Jahr nach* der Fertigstellungsmeldung bzw. Kollaudierung...

Beschluss: 6 ja, 1 nein aufgrund Erfahrungen von Gemeindeamt

Die derzeitigen Strafbestimmungen (Pönale und Sperre) sollen unverändert bleiben und exekutiert werden.

Beschluss Ausschuss : Einstimmig

Diskussion:

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart erklärt, dass er es nicht gut findet, wenn keine Regelung betreffend dem Kerngebiet besteht. Ein Abändern der Regelung hält er für richtig, aber gar keine Regelung sei nicht richtig.

GR Arch. Dipl.-Ing Rainer Schöpf findet die Wiedereinführung der Wohnbauförderung für sinnvoll auch im Hinblick auf die OIB-Richtlinien und fügt hinzu, dass vor dem Jahr 2005 eine 50: 50 Regelung Wohnbauförderungssatz bestand und dass er Bedenken hat, da sich der Grundstückspreis erhöht habe und der Wohnbau stetig zunehme. Er gibt daher den Vor-

schlag einer Regelung von 50:50 einzuführen wobei 50% der Wohneinheiten zu Wohnbauförderungspreisen an Zirler vergeben werden sollte.

GR Ing. Wolfgang Hütter teilt mit, dass vor dem Jahr 2005 eine 60:40 Regelung bestand. Bei größeren Projekten ab 2000 sei es wichtig, dass eine Wohnbauförderungsrichtlinie hinein komme. Er merkt noch an, dass es im Kerngebiet schwieriger sein wird an Zirler zu verkaufen, da diese eher am Rand wohnen wollen, deswegen ist es im Kerngebiet nicht dienlich, eine Zirler Regelung zu beschließen.

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart erklärt, dass eine Zirler Regelung mit niedrigeren Sätzen denkbar wäre.

GR Ing. Wolfgang Hütter berichtet, dass vor einigen Jahren im Gemeinderat beschlossen wurde, auf die Zirler Regelung zu verzichten.

Ersatz-GR Ing. Franz Reinhart erklärt, dass nicht nur private sondern auch gemeinnützige Bauträger mit Wohnbauförderungsätzen arbeiten und fügt hinzu, dass die Gemeinde Zirl das Vergaberecht habe und diesbezüglich die Bauträger stärken könne. Ein gemeinnütziger Bauträger baut, damit an Zirler Bürger vergeben werden kann, aber die meisten bauen zu Wohnbauförderungszwecken. Mit diesen Regelungen würden die gemeinnützigen Bauträger gestärkt werden.

GR Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf erklärt, dass die gemeinnützigen Bauträger in der Vergangenheit kontaktiert wurden, aber diese dankend abgelehnt haben.

GR Ing. Wolfgang Hütter fügt hinzu, dass in Kerngebietsprojekten die Zirler Regelung sicherlich hinderlich ist.

Bgm Mag Thomas Öfner greift die Thematik 60:40 bzw 50:50 auf und erklärt, dass er im Vorfeld das Gefühl hatte, dass es 60:40 geregelt werden sollte, aber die gerade gehörten Argumente dazu führen, dass die 50:50 Regelung der moderatere Weg sei. Die Ausschussempfehlung laute aber auf 60:40.

GR Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf weist darauf hin, dass eine rechtliche Einforderung der Zirler Regelung rechtlich sicher schwierig sein wird, deswegen ist seine Meinung, dass eine ehrliche 50:50 Regelung mehr Sinn macht als eine problematische 60:40 Regelung.

GR Alfred Stecher erklärt, dass er dem ganzen kritisch gegenüber steht. Dadurch dass die Wohnbauförderung rückläufig wird, hegt er den Wunsch nach einem Förderungspreis von € 2.200/m², in Zirl wird derzeit für 6000,-/m² verkauft. Dies könnte dazu führen, dass weniger Wohnungen in Zirl gebaut werden und deshalb hält er die „ehrliche“ 50:50-Regelung für die sinnvollste Lösung.

GR Peter Pichler findet, dass Fachleute beurteilen sollten, ob eine 60:40 oder 50:50 Regelung besser ist. Er erachtet es als falsches politisches Signal einfach von 60:40 auf 50:50 zu gehen.

Bgm Mag Thomas Öfner findet eine „ehrliche“ 50:50 Regelung gut.

Es erfolgt eine allgemeine Diskussion über die Regelungen sowie die Pönalbestimmungen.

Antrag + Beschluss:

Die Zirler Regelung wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz A, Zif.1

Eine Wohnanlage besteht aus einem oder mehreren Baukörpern, wobei jeder Baukörper aus max. 10 WE bestehen darf. Ausnahmen entscheidet der GR je nach Projekt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

2. Absatz A, Zif.2

Von den gesamten Wohneinheiten sind mindestens 60%, bei 4 Wohneinheiten mind. 50% an Zirler WohnungswerberInnen zu *Wohnbauförderungsrichtlinien* zu verkaufen.

6) Vorschlag: 50:50 Regelung generell (Ausnahme Kerngebiet)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja:	8	Nein:	11	Enthaltung:	
-----	---	-------	----	-------------	--

7) Vorschlag: 60:40 wie gehabt (Ausnahme Kerngebiet)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	11	Nein:	8	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

8) Vorschlag: Kerngebiet keine generelle Vorgabe

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	12	Nein:	7	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Absatz A, Zif.3

Wird *ein halbes Jahr nach* der Fertigstellungsmeldung bzw. Kollaudierung nachgewiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 25 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Firma HOFER KG, Rietz, um Auflegung und Erlassung eines Flächenwidmungsplanes für die Umwidmung des Gst. 675/1 KG Zirl von derzeit Gewerbe- und Industriegebiet in „Sonderfläche Handelsbetrieb“
Vorlage: BAU/074/2016/1**

Bericht:

Ausschussobmann Josef Gspan berichtet vom gegenständlichen Antrag und dem Entwurf, welcher eine Widmungsänderung im Bereich des Gst. 675/1 KG Zirl von derzeit Gewerbe- und Industriegebiet in Sonderfläche „Handelsbetrieb SH-1“ mit einem zulässigen Höchstausmaß der Kundenfläche von 800 m², vorsieht.

Zudem fügt er hinzu, dass es in der Vergangenheit diese Widmung nicht gegeben habe und deshalb der Antrag verständlich sei.

Diskussion:

GR Marion Plattner fragt nach, was die Folge einer Ablehnung wäre.

Ausschussobmann Josef Gspan erklärt, dass der Hofer dann die Kundenfläche nicht vergrößern dürfte. Der Bau selbst entspreche aber den Bestimmungen.

Antrag + Beschluss:

Gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 70 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 – TROG 2011, LGBl. Nr. 56, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 – TROG 2006, LGBl. Nr. 27, wird der von der Fa. Planalp ZT GmbH ausgearbeitete Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes FÄ/084/07/2016, vom 28.07.2016, der Marktgemeinde Zirl im Bereich des Gst. 675/1 KG Zirl, Planungsbereich Bahnhofstraße-Hofermarkt, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

Der Entwurf sieht eine Widmungsänderung im Bereich des Gst. 675/1 KG Zirl von derzeit Gewerbe- und Industriegebiet in Sonderfläche „ Handelsbetrieb SH-1 „ mit einem zulässigen Höchstausmaß der Kundenfläche von 800 m², gemäß § 48 a TROG 2011, vor.

2. Vizebgm Victoria Rangger ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	18	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

**zu 26 Beratung und Beschlussfassung betreffend die Verwendung von kompostierbaren Einwegbechern bei Veranstaltungen
Vorlage: INFR/119/2016**

Bericht:

Ausschussobfrau Sigris Sapinsky berichtet vom Antrag und vom Ergebnis ihres Ausschusses, dass der Antrag aus ökologischen Gründen abgelehnt wurde.

Diskussion:

GR Lukas Kaufmann fragt nach, warum im session net beim Antrag keine Kosten verzeichnet wurden und dass er es sinnvoller findet, wenn zuerst die Kosten eruiert werden und danach erst nach umwelttechnischen Gesichtspunkten entschieden wird.

GR Peter Pichler fügt hinzu, dass für ihn eindeutig die Entscheidungsgrundlage fehle und er deshalb nicht abstimmen könne. Er möchte eine genauere Aufbereitung, damit er die Vor- und Nachteile abwägen kann.

1 Vizebgm Iris Zangerl-Walser erklärt den Hintergrund dieses Antrages, dass es bei einem Faschingswagen für Vereinsleute aufgrund der vorherrschenden Platzschwierigkeiten einfacher wäre mit kompostierbaren Einwegbechern zu arbeiten, deshalb wurde auch der Musterbecher mitgegeben.

2 Vizebgm Victoria Rangger findet, dass im schaufenzter vom Oktober eine entsprechende Information von Vereinen und Obleuten ergehen sollte.

Ausschussobfrau Sigris Sapinsky erklärt, dass Zirl eine Vorbildgemeinde ist und dass das Konzept Feste ohne Reste (Diskussionspartner Gerd Plattner) ein Konzept ist mit bislang positiven Erfahrungen.

GR Peter Pichler teilt mit, dass es nachvollziehbare Grundlagen gäbe, warum die anderen Becher besser seien.

Ausschussobfrau Sigris Sapinsky erklärt, dass der Gemeinderat dies so in der Vorperiode beschlossen habe.

GR Thomas Gobes erklärt, dass die Erfahrung gezeigt hat, dass man in Faschingswägen nicht weiß, wohin man die Becher verstauen soll. Bei einer Veranstaltung muss immer die gesamte Palette bezahlt werden, deswegen wurde dieser Antrag gestellt. Allerdings sind die Kosten der Becher fraglich.

Ausschussobfrau Sigris Sapinsky teilt mit, dass die Einwegbecher 40 cent/Stück kosten.

Ersatz-GR Iris Pichler fragt nach bei welcher Abnahme dieser Preis besteht und findet, dass die derzeitige Regelung bei „Wagenparties“ abgeschafft werden sollte, weil diese mit Be-

chern nicht durchführbar wären. Man sollte aber keine Plastikbecher, sondern Naturprodukte verwenden.

Ausschussobfrau Sigrid Sapinsky der Betreuer ATM eine Studie geschickt habe aus welcher hervorgeht, dass zwischen normalen und ökologischen Einwegbechern kein Unterschied bestehe, allerdings ein Müllproblem dadurch entstehen würde, da auch die ökologischen Becher, auch wenn sie verrottbar sind, weggeschmissen werden, somit wird auch mit den ökologischen Bechern Müll produziert. Sie fügt hinzu, dass es auch ökologische Bilanzen zwischen Einweg- und Mehrwegbechern gibt.

2 Vizebgm Vöctoria Rangger erklärt, dass einen Grundsatzbeschluss gibt, dass Veranstaltungen unter dem Motto Feste ohne Reste e5 Gemeinde Zirl laufen. Es sollte daher keine Ausnahmeregelung geschaffen werden, da diese wenig Sinn mache. Sie findet, dass die Diskussion an dieser Stelle beendet werden sollte und nach einer genaueren Kostenaufstellung noch einmal darüber beraten werden sollte.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder fragt noch einmal nach dem Platzproblem, da ja ein sauberer und ein schmutziger Becher gleich viel Platz brauchen würden.

GR Thomas Gobes erklärt, dass die Kiste mit den Bechern verplombt ist und dass ca. 3-4 Kisten pro Veranstaltung bestellt werden. Im Wagen gibt es keine Möglichkeit diese zu verstauen. Bei einem Ball zB besteht dieses Platzproblem nicht.

Es folgt eine allgemeine Diskussion über logistische Lösungsmöglichkeiten.

Bgm Mag Thomas Öfner hebt hervor, dass Gerd Plattner hervorragende Arbeit für die Marktgemeinde Zirl leistet und gibt den Vorschlag, dass man diesen Tagesordnungspunkt vertragen sollte und vor einer Ablehnung diesen Antrag besser aufbereiten sollte. Er fragt anschließend in die Runde ob man abstimmen oder vertagen soll.

GR Peter Pichler befürwortet die Vertagung.

GR Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf findet, dass eine Vertagung nicht zielführend ist.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder empfiehlt eine logistische Beratung für die Problemlösung.

GR Thomas Gobes teilt mit, dass er eine Entscheidung über den Antrag befürwortet, da ansonsten bei jeder Veranstaltung in einem Wagen die Kisten aufgerissen werden und anschließend gehofft werde, dass die Becher gebraucht werden. Bei einem Ball im Gegenteil gibt es dieses Problem nicht.

Es folgt eine allgemeine Diskussion über den Platz in einem Wagen.

2 Vizebgm Vöctoria Rangger schlägt vor, ob es möglich ist, in Zirl einen Platz zu finden, wo eine Lagerung der Kisten außerhalb eines Wagens möglich ist. Sie teilt weiters mit, dass sie aus eigener Erfahrung sagen kann, dass dieses Platzproblem in einem Wagen besteht.

Es folgt wiederum eine Diskussion betreffend dem Platzproblem.

Antrag + Beschluss:

Der Antrag betreffend der Verwendung von kompostierbaren Einwegbechern bei Veranstaltungen wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja:	11	Nein:	7	Enthaltung:	1
-----	----	-------	---	-------------	---

zu 27 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Vergaberichtlinien für betreubares Wohnen
Vorlage: AV/657/2016/1

Bericht:

Ausschussobmann Fred Stecher berichtet von den Änderungen, die hineingearbeitet wurden, damit eine Kundmachung unverzüglich erfolgen kann und erklärt, dass die Diskussionspunkte des Ausschusses übernommen wurden und der Fragebogen umgesetzt wurde.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:

Die Vergaberichtlinien in der neu konzipierten Form werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

zu 28 Anfragen an den Gemeindevorstand

Es werden keine Anfragen gestellt.

zu 29 Allfälliges, Anträge und Anfragen

Bericht:

Bgm Mag Thomas Öfner berichtet vom Dringlichkeitsantrag, welcher als Tischvorlage vorgelegt wird und informiert, dass die Fa. Weber Holding Tirol GmbH im Gewerbegebiet von Inzing ein neues Gebäude baut und nahe der KG Grenze zu Zirl liegt. Die Oberflächenentwässerung wurde auf Grund von Zirl irrtümlicherweise errichtet und er verweist diesbezüglich auf den Aktenvermerk vom 21.07.2016, welcher als Tischvorlage vorliegt. Der Bgm Mag Öfner erzählt auch vom erfolgten Gespräch mit Anton Weber, den gestellten Angeboten und verweist diesbezüglich auch auf den Aktenvermerk vom 21.07.2016.

Antrag + Beschluss

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

Diskussion:

GR Josef Gspan fragt nach ob die dauernde Pflege und Instandhaltung der Mulde grundbücherlich sichergestellt wird.

Zudem fragt er, ob das möglich ist, dass ein Grund der Landesstraßenverwaltung unentgeltlich ohne die Zustimmung übereignet werden kann, ansonsten würde er vorschlagen, dass eine eigene Grundparzelle gemacht wird.

GR Georg Kapferer teilt mit, dass die Fa Weber an der Wegwiederherstellung betreffend Hochzirl schon seit Jahren beschäftigt ist und bisher noch keine Reparatur erfolgt ist.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass es diesbezüglich eine umfangreiche Erklärung des Anton Weber gäbe, dies er aber im vertraulichen Teil behandeln will.

GR Ing. Franz Reinhart fragt nach, ob die Beschlussfähigkeit hinsichtlich des Antrages gegeben ist.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass eine Grundsatzentscheidung möglich ist, aber hinsichtlich der Entwässerung umgeplant werden müsse.

GR Ing. Franz Reinhart fasst zusammen, dass eine Entscheidung mit Vorbehalt der Lösung der wasserrechtlichen Probleme möglich ist.

Bgm Mag Thomas Öfner ergänzt, dass die Voraussetzung war.

GR Ing. Wolfgang Hütter erklärt, dass eine Grundsatzzusage beschlossen werden kann, aber nicht die formale Ausgestaltung des Vorganges.

GR Josef Gspan stimmt diesem Vorschlag zu.

Antrag + Beschluss:

Der Dringlichkeitsantrag der Firma Weber Holding Tirol GmbH auf

- 1. Zustimmung einer gemeinsamen Oberflächenentwässerung auf GStNr 594/2, KG Zirl**
- 2. Grundkauf von ca. 99 m² des GStNr 594/2, KG Zirl**

wird mit der Anmerkung der Sicherstellung der Pflege und Instandhaltung im Grundbuch beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	
-----	----	-------	---	-------------	--

2 Vizebgm Victoria Rangger bringt einen Antrag in Bezug auf Kinderbetreuung ein, der an alle GemeinderätInnen verteilt wird.

GR Marion Plattner berichtet von einer Besprechung mit der Volksschule und dem Anliegen, dass der halbe Baumstamm, welcher als Bank verwendet wurde und sich gegenüber dem Garten befand, abgebaut wurde. Es wurden Versuche unternommen, um wieder einen zu bekommen. Hinsichtlich des Baumstammes hat der Waldaufseher Martin Praxmarer schon einen gefunden, welcher ideal wäre. Die Frage richtet sich daher nach der Umsetzbarkeit. Ersatz-GR Iris Pichler fügt hinzu, dass es auch einen Müllkübel dazu bräuchte.

GR Hermann Stolze regt an, dass die Wahlzettel verschickt worden sind und viele Bürger nicht den Grund dafür verstanden haben. Seine Idee wäre, im nächsten schaufenzter über die Gründe zu informieren.

GR Hermann Stolze regt eine einheitliche Vorgehensweise bezüglich der Anträge an.

Bezüglich der Wiederaufnahme Fortschreibung ÖROK soll es eine Stellungnahme vom Land Tirol vom September 2012 geben und er stellt den Antrag, diese an die Fraktionsvorsitzenden zu schicken.

GR Ing. Dr. Karl Neurauder fragt nach ob bei einer Veranstaltung im B4 vor kurzem die Brandmeldeanlage deaktiviert wurde.

Bgm Mag Thomas Öfner erzählt von einer beabsichtigten Besprechung mit Sabine Gaspari und Lanziner bezüglich des Vorfalls. Er hat diesbezüglich Informationen bekommen, welche noch überprüft werden müssen, auch in Bezug auf die Nebelmaschine.

2 Vizebgm Rangger bedankt sich für Widmung der neun Bänke und fragt nach dem Evaluierungsantrag ihrer Fraktion hinsichtlich des B4.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass der erste Teil der Evaluierung mit Mag. Reichert schon stattgefunden hat. Mag. Reichert wird am 10 Oktober da sein und die Kosten evaluieren. Er erklärt als Ziel, eine Kostenrechnung sowie Informationen in Bezug auf die Personalstruktur

zu bekommen. Beschlossen sind 2,5 Personalkräfte. Bgm Mag Thomas Öfner hat Gespräche mit anderen Veranstaltern geführt die in Bezug auf die Personalstruktur keinen Bedarf an dieser Zahl von Personen gesehen haben.
Es wird aber alles aufgenommen werden.

2 Vizebgm Victoria Rangger fragt nach ob es möglich wäre, einen Wickeltisch im B4 anzuschaffen.

Zudem fragt sie nach, ob noch Änderungen an der neu errichteten Brücke durchgeführt werden.

GR Thomas Gobes äußert betreffend der Brücke vor allem Winter seine Bedenken.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass dies im Hinblick auf Rutschgefahr und Handlauf umgesetzt wird.

GR Sigrid Sapinsky bedankt sich für die Unterstützung in Bezug auf die Mobilitätswoche. Weiters gibt sie zu bedenken, dass die Bushaltestelle keinen schönen Zustand vorweist. Es sollte eine Reinigung durchgeführt werden.

Gr Georg Kapferer berichtet vom Parkproblem im Bereich des Fambozi und regt an, den Überwachungsdienst öfters dort hinschicken und den Personen mitzuteilen, dass im s'enzi eine Tiefgarage als Parkmöglichkeit besteht.

1 Vizebgm Iris Zangerl-Walser teilt mit, dass ein Erste-Hilfe-Kasten und ein Defi im B4 öffentlich zugänglich sein muss und im Foyer installiert werden sollte. Und sowie Viktoria Rangger bereits mitgeteilt hat, ob ein Wickeltisch im B4 den die Ortbäuerinobfrau bei der Vereinsob-leutesitzung angefragt hat gemacht wird.

Bgm Mag Öfner bedankt sich bei der Feuerwehr in Zirl, vor allem in Bezug auf den Waldbrand. Er selbst war vor Ort und hat mit dem Helikopter sich die Situation angeschaut. Die Arbeitsweise war beeindruckend und vieles sieht selbstverständlich aus was nicht selbstverständlich ist.

GR Hermann Stolze verweist auf die Einladung von der JungbürgerInnenfeier und bemerkt, dass diese den Anschein für Jungbürgerinnen erweckt, dass diese erst ab 22 Uhr kommen sollen.

GR Georg Kapferer stellt die Frage ob der Helikopter von der Gemeinde bezahlt werden muss. Josef Gritsch erklärt, dass dieser von einem Fond gezahlt wird und keine Kosten für die Gemeinde entstanden sind.

Nicht öffentlicher Teil

- Mit einer Versicherung wird bezüglich der Steinschlichtung ein Vergleichsversuch angenommen.
- Eine Erbantrittserklärung wurde angenommen.
- Es werden 4 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von Euro 640.000 bei der Tiroler Sparkasse Bank AG, Zuzählung nach Notwendigkeit, Fixzinsvereinbarung auf 15 Jahre von derzeit 0,980%, Laufzeit des Darlehens 15 Jahre, Rückzahlung in halbjährlichen Annuitätsraten nach Zuzählung zum jeweils nächsten 31.03. oder 30.09. angenommen.
- Mietbegünstigungen für Vereine wurden beschlossen.

Ende: 00:21 Uhr

Bgm. Mag. Thomas Öfner

AL Dr. Veronika Sepp-Zweckmair
Schriftführerin

VBgm. Iris Zangerl-Walser

VBgm. Victoria Rangger